

isl

Der dritte Weg

Von Roni Ben Efrat | 2. August 2002

Eine Debatte unter Palästinensern: Ist die Kritik an Selbstmordattentaten legitim?

Am 19. Juni 2002 hat sich zum ersten Mal eine große Gruppe von Palästinensern gegen die Selbstmordanschläge auf israelische Zivilisten zu Wort gemeldet. Auf einer ganzen Seite der arabischen Zeitung Al Quds erklärten 55 Intellektuelle und Personen des öffentlichen Lebens ihren Widerspruch. Die Anzeige erschien vier Tage hintereinander, die Zahl der Unterschriften stieg von Mal zu Mal, bis sie die Summe von 500 erreicht hatte.

Die Initiative für das Manifest kam aus dem Büro von Dr. Sari Nusseiba, Nachfolger des verstorbenen Faisal Hussein als Verantwortlicher der Palästinensischen Autonomiebehörde in Jerusalem. Unter den Erstunterzeichnern befanden sich so bekannte Personen wie Hanan Ashrawi und Hanna Seniora, die Wissenschaftler Salah Abed al-Jawad und Rima Hamami, Leiter von Nichtregierungsorganisationen (NROs) wie Dr. Iyyad al-Saraj (Direktor des Gaza Mental Health Project) und Khader Shkirat (von der Juristenvereinigung LAW). Die Anzeige trug die Überschrift:

»Dringender Appell die Selbstmordattentate zu stoppen« und endete mit den Worten: »Es ist notwendig, diese Taten neu zu bewerten, denn die beiden Völker, die im Heiligen Land leben, in einen Existenzkampf zu treiben, wird zur Zerstörung des gesamten Region führen. Für ein solches Ergebnis haben wir keine logische, humane oder politische Rechtfertigung gefunden.«

Es ist nicht klar, ob diese Diskussion über den Kreis der Unterzeichner hinausgegangen und Teil des öffentlichen Diskurses geworden ist. Doch unter den palästinensischen politischen Organisationen hat das Manifest zu Debatten geführt. Immerhin ist in der Hochzeit der zweiten Intifada selbst die Fatah in Selbstmordanschläge gegen israelische Zivilisten hineingezogen worden. Selbst Arafat, der sich in seinem Hauptquartier unter Belagerung befand, proklamierte seinen Wunsch, ein »Shahidan! Shahidan! Shahidan!«, ein Märtyrer, zu sein. Es wird nicht einfach sein, das Rad wieder zurückzudrehen.

Das Manifest hat eine Kontroverse ausgelöst. Die vielleicht extremste Reaktion kam vom militärischen Flügel der »Volksfront zur Befreiung Palästinas« (PFLP), bekannt als die »Märtyrer Abu Ali Mustafa Brigaden«. Ihr Gegenaufruf vom 23. Juni 2002 ist voller Hohn über die Unterzeichner des ersten Manifests. Er stellt das Recht der palästinensischen Intellektuellen in Frage, die Mittel im Kampf gegen die Besatzung zu kritisieren. »Seit einigen Monaten ist der palästinensische Widerstand in der Presse und auf dem Kampffeld wilden Angriffen ausgesetzt, die die palästinensischen Widerstandskaktionen im Allgemeinen und Märtyrertum im Besonderen beenden sollen. Dieser Feldzug hat neue Kräfte angezogen, deren letzte eine Mischung >zivilisierter Intellektueller< ist, die nichts miteinander gemein haben, als daß sie die Spendenfluß aus den Geberländern wieder zum Fließen bringen wollen, um ihre immer schmalere werdenden Taschen zu füllen.« Die Verfasser des Gegenmanifests halten an ihrer Allianz oder »nationalen Einheit« mit den islamistischen Gruppen fest: »Wir versichern, daß die Wahl der Widerstandsformen und des Zeitpunkts der Angriffe ein Vorrecht der patriotischen und islamischen Widerstandskräfte ist ... in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit unseres palästinensischen Volkes.«

Das ursprüngliche Manifest gegen die Selbstmordattentate kam auch in die Kritik, weil die Europäische Union seine Veröffentlichung bezahlt hatte. Die Finanzierung aus dem Ausland – durch Europäer, die Bushs Ruf nach Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstützen – könnte den Eindruck erwecken, daß die Unterzeichner nicht aus einer profunden und unabhängigen Diskussion heraus, sondern unter dem Druck von Nichtregierungsorganisationen und ausländischen Spendern gehandelt haben. Hani Issawi von der PFLP zufolge sind die »meisten der Unterzeichner Leute, deren Interessen entweder bei der PA oder den europäischen Geldgebern liegen«. Die DFLP, erzählt Issawi, ist grundsätzlich gegen die Ermordung israelischer Staatsbürger innerhalb Israels, aber der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Antisozid-Manifests war falsch gewählt. »Das allgemeine Gefühl ist, daß es in der derzeitigen Situation Israel außerordentlich hilft, und der Besatzung dient, wenn ein solcher Aufruf herausgegeben wird. Es verstärkt den Eindruck, daß Israel das Opfer ist, das sich verteidigen muß. Aus diesem Grund hat das Manifest eine Menge Widerspruch erzeugt und drückt nicht die Gefühle der Menschen aus.«

Einer der Unterzeichner, Dr. Jamil Hilal, sagte nun: »Viele der Unterzeichner, mich eingeschlossen, haben erst anschließend erfahren, daß das Manifest von der Europäischen Union finanziert wurde. Ich denke, das hat seine Wirkung verringert. Ich war gar nicht glücklich darüber.« Aus diesem Grund hat Hilal seinen Namen auch unter ein zweites Manifest gesetzt, das in Al Iyyam veröffentlicht und, wie es scheint, von ihren Unterzeichnern selbst finanziert wurde. Dieses zweite Manifest, initiiert, wie es scheint, von der Volkspartei (der ehemaligen Kommunistischen Partei) beschränkt sich nicht darauf, Selbstmordattentate gegen israelische Staatsbürger zu verdammen, sondern benennt die Besatzung als eine der Hauptsachen für dieses Phänomen. »Meiner Meinung nach«, sagte Hilal, »ist das zweite Manifest ausgewogener. Es hat den Kontext in Betracht gezogen, in dem das Phänomen entsteht. Junge Leute werden schließlich nicht geboren, um sich zu töten. Diesen Weg gehen sie aufgrund einer bestimmten Realität.«

Dr. Mudar Kassis, Chef der Abteilung für Philosophie und kulturelle Studien an der Bir-Zeit-Universität, stand unter Ausgangssperre, als ich mit ihm sprach. Auch er betonte den Unterschied zwischen den beiden Formulierungen: »Die Position Sari Nusseibas impliziert, daß die Palästinenser die Selbstmordanschläge, ganz egal, was Israel tut, aus strategischen Gründen verurteilen müssen. Diesem Gedanken zufolge wird die Art unseres gegenwärtigen Kampfes die Art der Freiheit, die wir erreichen werden, bestimmen. Im Gegensatz dazu impliziert das zweite Manifest, daß man das Thema nicht behandeln kann, ohne den Zusammenhang, in dem die Selbstmordattentate entstehen, zu berücksichtigen. Diese Position besagt, daß es nicht sinnvoll ist, den Grund, aus dem die Angriffe so eskaliert sind, zu ignorieren.«

Ich habe Kassis gefragt, ob er das Manifest unterschrieben hätte. »Nein«, sagte er. »Die Wahrheit ist, daßs zlig; sie mich nicht gefragt haben und ich froh darüber war. Für mich, so dachte ich, bestand keine Notwendigkeit, etwas, was ich seit Jahren sage, noch einmal öffentlich zu verkünden. Schon vor Jahren hätte unzweideutig öffentlich Stellung gegen die Selbstmordattentate bezogen werden müssen.«

Dr. Musa Budeiri, der an der Al-Quds-Universität Politische Wissenschaften unterrichtet, unterschrieb das ursprüngliche Manifest, auch wenn ihm dessen Wortlaut nicht zusagte. Schon vorher, im Dezember 2001, hatte er in einem Artikel, den er gemeinsam mit Dr. Rima Hamami veröffentlichte, die Selbstmordattentate verurteilt. Trotz seiner Vorbehalte bleibt er dabei, daß das Manifest wichtig sei: »Eine solche Stellungnahme wird nicht morgen Früchte tragen, aber sie hilft denen, die gegen solche Aktionen sind, öffentlich ihre Meinung zu sagen.« Doch in welchem Umfang wird die Auseinandersetzung über die Selbstmordanschläge in der Bevölkerung geführt? Alle meine vier Gesprächspartner bestätigen, daß die Debatte stattfindet, jedoch weit von einem Ergebnis entfernt ist. Wenn Israel angreift und Menschen verletzt, gewinnen die Selbstmordanschläge Anhänger. Kassis: »Wenn du fragst, was der Mann auf der Straße denkt, da läuft die Diskussion auf zwei Ebenen. Einerseits fragen die Leute, ob Selbstmordattentate gut, legitim, nach islamischem Recht akzeptabel sind. Die Tatsache, welches drei Muftis ein Dekret herausgeben mußten, daß sie erlaubt, zeigt, daß das Thema keinesfalls als geklärt betrachtet wird. Auf der anderen Seite, auf einer allgemeineren Ebene fragen die Leute: Was wird darauf folgen? Helfen Attentate? Ich denke, solche Diskussionen finden auch in Israel statt, über die israelischen Aktionen. Das ist ganz natürlich. Aber es gibt eine Menge Verwirrung. Bei den Meinungsumfragen sagen z. B. 60 Prozent der Palästinenser, daß sie Selbstmordanschläge befürworten, aber 70 Prozent sagen, daß sie mit Israel in Frieden innerhalb der Grenzen von 1967 leben wollen. Ganz allgemein akzeptieren nur sehr wenige die Ideologie der Hamas, die von einem islamischen Staat zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer spricht. Aber sie sagen auch: »Wenn wir Apache-Hubschrauber hätten, würden wir keine Selbstmordattentäter brauchen.« Jamil Hilal bestätigt, daß die Leute ständig über Selbstmordanschläge innerhalb Israels diskutieren. »Ich würde sagen, soweit es um Aktionen in den besetzten Gebieten gegen die Armee und die Siedler geht, gibt es einen Konsens. Aber was die Aktionen innerhalb Israels angeht, sind die Meinungen geteilt. Die Umfragen sprechen von einem 50:50-Verhältnis. Ich bin aber überzeugt, daß die Unterstützung bei den meisten Leuten eine emotionale und keine politische Basis hat. Etwa: »Laßt sie fühlen, was wir fühlen.« Man kann es ein falsches Gefühl von Macht nennen.« Auch Musa Budeiri glaubt, daß die Diskussion in der Bevölkerung von den jeweiligen Geschehnissen abhängt. »Die Positionen verändern sich entsprechend dem, was die Leute in den Nachrichten hören oder welche Probleme sie mit der Besatzung haben. Sie überlegen nicht, wie sich solche Aktionen auf unsere Gesellschaft in zwanzig Jahren auswirken werden.«

Die zweite Intifada und die kürzlichen israelischen Reaktionen, die Operationen »Schutzwall« und »Dornenfeld«, haben die palästinensische Bevölkerung in ein Dilemma gestürzt. Sie hat das Gefühl, daß es keine verantwortungsbewußte Kraft gibt, die sie in eine lebbare Zukunft führt. Ihre einzigen Erfolge lagen in ihrer Fähigkeit, sich an ihrem Feind zu rächen. Solche Rache jedoch bringt größere Zerstörung über den Rächer und diskreditiert ihn zugleich. Es ist ein schrecklicher und blutiger Kreislauf.

Palästinenser, die die Selbstmorde öffentlich kritisieren, treffen auf Widerspruch. Ist es nicht trotzdem an der Zeit für eine öffentliche Diskussion, fragte ich, – nicht um fremde Forderungen zu erfüllen, sondern um zu verstehen, wie das palästinensische Volk in eine solche Lage geraten ist? »Im Prinzip ja«, sagt der linke Aktivist Hani Issawi, »aber die Sache ist zu komplex. Organisationen wie Hamas und Dschihad wollen ihre »Triumphe« nicht aus der Hand legen. Sie glauben, ohne diese ihre Anziehungskraft auf die Bevölkerung zu verlieren. Zum anderen haben die Unterzeichner des Aufrufs keinen öffentlichen Einfluß, kein Prestige. Die Menschen haben den Verdacht, daß persönliche Interessen ihr Motiv sind.«

Mudar Kassis glaubt, daß eine Gelegenheit verpaßt wird. Die Gespräche über Reformen sind oberflächlich, sagt er. »Die Fragen, die wir uns stellen müssen, werden nicht wirklich überdacht: Welches Verhältnis haben wir zu Gewalt? Welches Verhältnis haben wir zu dem Todesult, der hier genährt wird? Die Zeit ist gekommen, daß wir aufhören, solche Diskussionen zum Wohle der Einheit zwischen Linken und Hamas unter den Teppich zu kehren.«

Jetzt hat die Operation »Schutzwall« die Palästinensische Autonomiebehörde zerstört. Israel, Europa und Amerika bemühen sich, die Führung, die die Verträge von Oslo geschlossen hat, aufzupolieren und dem palästinensischen Volk wieder vor die Nase zu setzen. Das bedeutet aber nicht, daß das Volk sie akzeptieren muß. Mit oder ohne Arafat ist das Scheitern der Führung so vollständig, daß sie zurücktreten muß. Die Zurückweisung westlicher Diktate ist aber nicht gleichbedeutend damit, düstere Ideologien zu akzeptieren, die ihren Erfolg an der Zahl der Leichen messen. Zwischen Korruption und Niederlage auf der einen und fundamentalistischem Wahnsinn auf der anderen Seite kann es einen dritten Weg geben, der das Wohl des normalen Menschen, des gewöhnlichen Arbeiters zum Ziel hat. Solange die Diskussion über den dritten Weg nicht auf die Tagesordnung kommt, wird das palästinensische Volk zwischen den Diktaten des Auslands und den leeren Versprechungen des Islams hin und her schwanken.

Damit Aufrufe, wie jener gegen die Selbstmordattentate, echte Wirkung – und nicht nur auf die palästinensische Elite – erzielen können, müssen sie Teil einer tiefgreifenden und in der Bevölkerung verwurzelten Entwicklung weg vom Regime von Oslo sein. Denn wer ist verantwortlich für das politische Vakuum, das die palästinensische Jugend in die Arme religiöser Extremisten wirft? Nicht die Hamas hat dieses Vakuum geschaffen. Das waren die Partner von Oslo. Hamas hat die entstandene Verzweiflung nur umgesetzt.

Wenn auch auf anderer Ebene, so ist die Palästinensische Autonomiebehörde für die Orientierungslosigkeit und Hoffnungslosigkeit der Menschen doch nicht weniger verantwortlich als die israelische Besatzung. Deshalb ist es falsch, die Kritik an ihr bis »nach der Besatzung« zurückzustellen. Die beiden sind zusammen gekommen und müssen auch zusammen wieder gehen. Entsprechend müssen wir unsere Position formulieren: Kritik darf sich nicht auf Hamas und die Selbstmordattentate beschränken. Sie muß die Palästinensische Autonomiebehörde mit einschließen. Nur dann wird der Kampf gegen die israelische Besatzung erfolgreich sein.

Übersetzung aus dem Englischen: Endy Hagen

* Aus: Challenge, No. 72, Juli/August 2002, zu bestellen über P.O.Box 41199, Jaffa 61411, Israel, oder

www.hanitzotz.com/challenge/

Dieser Beitrag wurde publiziert am Freitag den 2. August 2002
in der Kategorie: [isl](#), [Israel](#).